

WIDER|SPRUCH

In: Widerspruch Nr. 36 Perspektiven postnationaler Demokratie (2001), S. 73-76

Autorin: *Jadwiga Adamiak*

Rezension

Anthony Giddens

Der dritte Weg.

Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Edition Zweite Moderne, Frankfurt/Main 1999 (Suhrkamp), 180 S., 29,80 DM.

Unter dem „dritten Weg“ versteht Giddens „eine Theorie und eine politische Praxis, mittels deren die Sozialdemokratie den grundlegenden Veränderungen in der Welt innerhalb der letzten zwei oder drei Jahrzehnte Rechnung trägt. Dies ist ein dritter Weg in dem Sinne eines Versuchs, über die Sozialdemokratie alten Stils wie den Neoliberalismus hinauszugelangen“ (38). Wie setzt Giddens diesen Anspruch um, z. B. beim Thema soziale Gerechtigkeit, die ein Hauptanliegen der Politik des „dritten Weges“ sein soll? Und wie soll das Verhältnis von Staat zu Bürgern, das zweite wichtige Thema des „dritten Weges“, aussehen?

Den von Margaret Thatcher praktizierten Neoliberalismus charakterisiert Giddens als Gleichgültigkeit gegenüber sozialer Ungleichheit oder sogar deren bewußte Hinnahme (23). Die alte Sozialdemokratie habe die negativen Folgen des Marktes über kollektive Lösungen durch staatliche Eingriffe in den sozialen und ökonomischen Bereich abmildern oder überwinden wollen (19). Dabei ging es um Schutz und Fürsorge, ohne der persönlichen Freiheit genug Raum zu lassen, greift Giddens rechte Kritik auf (132). Er beschreibt die neoliberale Position als von der Überzeugung geprägt, der Staat bedrohe die Freiheit des einzelnen. Daher werde ein schlanker Staat gefordert. In der alten Sozialdemokratie dominiere dagegen der Staat die Zivilgesellschaft.

Heute muß nach Giddens die traditionelle Hilfe für Arme durch ein Vorgehen ersetzt werden, das auf Netzwerke gegenseitiger Unterstützung, Selbsthilfe und die Schaffung von sozialem Kapital baue (129). Die alte Sozialdemokratie habe

dazu geneigt, Rechte als unbedingte Ansprüche zu behandeln. Dadurch seien Erwartungen festgeschrieben worden wie z. B. ‚wir haben Anspruch auf eine Rente, weil wir alt sind, unsere Beiträge gezahlt haben und andere sie vorher auch bekommen haben‘. Ein solcher Stillstand sei schon an und für sich ein Zeichen der Notwendigkeit einer Reform (135). Die Förderung menschlicher Kreativität solle eine nachträgliche Umverteilung ersetzen: Investitionen in menschliches Kapital statt direkter Zahlungen, Sozialinvestitionsstaat statt Sozialstaat (137). ‚Keine Rechte ohne Pflichten‘ weist Giddens als sein zentrales Motto einer neuen Politik aus. Mit zunehmender Individualisierung sollte eine Zunahme der Verpflichtung des einzelnen einhergehen, die Arbeitslosenunterstützung z. B. an die Pflicht zu aktiver Arbeitssuche gekoppelt sein.

Der Gedanke, Menschen in schwieriger Lage nicht nur paternalistisch zu verwalten, sondern ihnen Hilfe zur Selbsthilfe anzubieten, wirkt überzeugend. Zu seinen Gunsten wird oft angeführt, diese Methode sei geeignet, die Würde der betroffenen Menschen besser zu wahren, als wenn sie nur Objekte von Zuwendungen seien. Wie Giddens aber selbst einräumt, haben problematische soziale Situationen strukturelle Ursachen. Wenn ‚eine hohe Rate von Unternehmensgründungen und -zusammenbrüchen charakteristisch für eine dynamische Wirtschaft ist‘, schlägt sich das auch in Arbeitslosenzahlen nieder, trotz aller individuellen Kreativität. Daß auf dem Arbeitsmarkt die Machtposition von Arbeitgebern, -nehmern, großen und kleinen Unternehmen höchst unterschiedlich sind, hat auch Konsequenzen auf die Verteilung der Risiken, mit den negativen Folgen der ‚dynamischen Wirtschaft‘ konfrontiert zu sein. Sie werden vor allem den Marktteilnehmern aufgebürdet, die sich am wenigsten wehren können. Daraus zog die alte Sozialdemokratie den Schluß, daß staatliche Intervention zur Korrektur der Verteilung von Vorteilen und Lasten des Marktgeschehens notwendig sei.

Die von Giddens aufgegriffene Kritik, die Zivilgesellschaft sei vom Staat dominiert worden, läßt unberücksichtigt, daß wirtschaftliche Potenz auch zu Einfluß auf politischer und gesellschaftlicher Ebene führt. Er betrachtet Demokratie nur auf der formalen Ebene, auf der die Bürger als gleich gelten. Pikanterweise nimmt er an anderer Stelle die Interdependenzen von wirtschaftlicher und politischer Ebene sehr wohl zur Kenntnis, um zu formulieren ‚Der Wohlfahrtsstaat ist prinzipiell undemokratisch, denn er beruht auf einer Umverteilung der Mittel von oben nach unten‘ (132).

Das Sozialsicherungssystem gerät immer dann unter Druck, wenn die Arbeitslosigkeit steigt‘, hält der Autor fest (133). Seine Existenz wird somit vor allem dann in Frage gestellt, wenn es seinen Daseinszweck auch bei größeren gesellschaftlichen Umbrüchen erfüllen soll. Ob der von Giddens geforderte Wandel

vom Sozial- zum Sozialinvestitionsstaat einen Ausweg aus diesem Dilemma darstellt, ist fraglich. Weist doch der Autor auf Beispiele hin, die belegen, daß aktive Arbeitsmarktpolitik nicht immer die Ausbreitung von Arbeitslosigkeit verhindern kann (133). Giddens gibt zudem ein Beispiel, daß die soziale Absicherung, die sich die Gesellschaft wegen der Globalisierung nicht mehr leisten könne, bei ihrer Einführung eher symbolischen Charakter gehabt hat. „Als die Pensionsgrenze das ‘Alter’ erstmals auf sechzig oder fünfundsechzig festlegte, war die Situation alter Menschen eine ganz andere als heute. 1900 betrug die durchschnittliche Lebenserwartung eines zwanzigjährigen Mannes in England nur zweiundsechzig“ (140).

Während Giddens getreu dem Prinzip „Keine Rechte ohne Pflichten“ der Ausformulierung der Verpflichtungen von Menschen in sozial prekärer Lage einen Raum widmet, erwähnt er nur kurz, daß auch wirtschaftlich privilegierte (die von staatlich bereitgestellter Infrastruktur profitieren) in den gesellschaftlichen Zusammenhang einzubeziehen seien. Seine Bemerkungen, was man auf dem „dritten Weg“ unternehmen könnte, um deren Rückzug aus der gesellschaftlichen Verantwortung zu verhindern, setzen nicht auf Druck, sondern auf Überredung bzw. symbolische Maßnahmen. Angesprochen wird z. B. die Aktivierung eines kosmopolitischen Nationalbewußtseins, weil die Zugehörigkeit zu einer nationalen Gemeinschaft bewirken werde, daß man Verpflichtungen gegenüber den anderen Mitgliedern dieser Gemeinschaft akzeptiere.

Unklar ist, worauf Giddens seinen Optimismus stützt, das kosmopolitische Nationalgefühl würde Solidaritätsbereitschaft bewirken. Daß sie durch Nationalgefühl allein nicht hervorgebracht wird, zeigten in der Vergangenheit die Arbeitskämpfe und die Notwendigkeit zu gesetzlichen Zwangsmaßnahmen für einen gesellschaftlichen Ausgleich. Wieso das in einer kosmopolitischen Variante von Nationalgefühl, wo politischer Zwang aus Rücksicht auf den Standortwettbewerb verworfen wird, anders sein soll, leuchtet nicht ein. Wahrscheinlicher scheint eine Szenario, in dem Arme einander helfen müssen, arm zu sein. Denn aufgrund fehlender Ressourcen können sie staatlichem Zwang nicht durch internationale Mobilität ausweichen. Selbst wenn das kosmopolitische Nationalgefühl bei den bessergestellten Mitgliedern der Gesellschaft eine Bereitschaft zu Zuwendung an Schlechtergestellte wecken sollte, wären die Empfänger dann nicht wieder jenen passiven Objekte von Wohltätigkeit, die Giddens durch Mobilisierung ihrer Kreativität aus der Abhängigkeit der staatlich organisierten Wohlfahrt befreien will?

Im Verhältnis vom Staat zu den Bürgern setzt Giddens auf das Prinzip: Keine Entscheidungsmacht ohne demokratisches Verfahren. Heute stehe an, das Regieren an das globale Zeitalter anzupassen und Entscheidungsgewalt einschließ-

lich der staatlichen Legitimität auf eine neue Grundlage zu stellen, unter Beteiligung aller (88). Eine Demokratisierung der Demokratie, die als erstes Dezentralisierung bedeute, könne sich nicht auf die lokale und nationale Ebene beschränken, der Staat müsse über eine kosmopolitische Perspektive verfügen. Sozialdemokraten sollten die Rolle der Nation in einer kosmopolitischen Welt dahingehend neu bestimmen, daß die Nation selbstbewußt genug sein müsse, um Einschränkungen der Souveränität zu akzeptieren.

Wohlklingende Forderungen, denen keine Vorschläge zur konkreten Umsetzung beigelegt sind. Dabei dürfte gerade die Umsetzung entscheiden, ob die Forderungen Worthülsen bleiben, die ein gegenüber heute noch vergrößertes Demokratiedefizit kaschieren sollen.

Giddens sieht seine Veränderungsvorschläge als Antwort auf einen Wertewandel. Er bezieht sich auf zwei Haupttrends: Die Verschiebung von sog. Knappheitswerten zu postmaterialistischen Werten, wonach der Wunsch nach sinnvoller Arbeit die Einkommensmaximierung abgelöst habe. Dazu komme die Skepsis bezüglich traditioneller Autoritäten und eine Veränderung der Muster politische Gefolgschaft, so daß Wahlverhalten nicht länger der Klassenzugehörigkeit entspreche (33). Er verweist auf die Ablösung konventioneller Politik- und Regierungsarenen durch die sog. Subpolitik wie z. B. Bürgerinitiativen (67). Daß Politik auf gewandelte Bedürfnisse neue Antworten finden muß, ist nachvollziehbar. Es müßte aber thematisiert werden, ob dieser Wertewandel alle erfaßt oder nur Globalisierungsgewinner. Damit wäre auch die Frage berührt, ob der geforderte Politikwandel nur partikulare Interessen bedient.

Rekapituliert man, was z. B. Tony Blair und Gerhard Schröder als Politik des „dritten Weges“ praktizieren, kommt der Verdacht auf, es handele sich um alte neoliberale Politik mit einem neuen Aufkleber. Die Lektüre des Giddens-Buches legt nahe, dies liege nicht nur daran, daß sein theoretischer Ansatz im politischen Alltag verfälscht wurde. Vielmehr finden sich im Buch viele Passagen mit zeitgemäßen, also sich der neoliberalen Position annähernden Gemeinplätzen dazu, was derzeit in der Gesellschaftspolitik notwendig sei. „Wir sollten die in der Vergangenheit oft obsessive Fixierung auf Ungleichheit aufgeben und genau bedenken, worin Gleichheit besteht.“ (118). Mit Rücksicht auf einen immer noch gepflegten sozial(demokratischen) Anspruch werden diesen Ausführungen noch Formulierungen beigelegt wie „Menschen brauchen Schutz, wenn alles schiefgeht, ebenso materielle und moralische Unterstützung.“ (118). Zwischen diesen Äußerungen bleibt aber eine Lücke, wie er sich vorstellt, beide Anforderungen unter einen Hut zu bekommen. Dazu findet man nichts. So entsteht der Eindruck daß der „dritte Weg“ im Kern keine zeitgemäße Erneuerung der Mittel zur Verwirklichung des Anliegens der alten So-

Bücher zum Thema

zialdemokratie nach sozialer Gerechtigkeit darstellt, sondern den Ausverkauf dieses Anliegens an den neoliberalen Zeitgeist.

Jadwiga Adamiak